



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 43. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung (nur Vergaben) (WF/043/2017)

am Mittwoch, 12. Juli 2017,

16:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 2, 2. Etage, Raum 13,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:00 Uhr

Anwesend:Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r

Eva Jähnigen

CDU-Fraktion

Veit Böhm

Dietmar Haßler

Anke Wagner

(bis 17:20 Uhr)

Fraktion DIE LINKE.

Jacqueline Muth

Andreas Naumann

André Schollbach

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Torsten Schulze

SPD-Fraktion

Vincent Drews

Kristin Sturm

(bis 17:30 Uhr)

Fraktion Alternative für Deutschland

Gordon Engler

Stellvertretende Mitglieder

Heike Ahnert

Sandra Doroba

Norbert Engemaier

Vertretung für Herrn Ingo Flemming

Vertretung für Herrn Steffen Kaden

Vertretung für Herrn Tilo Wirtz

Abwesend:Vorsitzender

Dirk Hilbert

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r

Dr. Peter Lames

CDU-Fraktion

Ingo Flemming

Steffen Kaden

Fraktion DIE LINKE.

Tilo Wirtz

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Christiane Filius-Jehne

FDP/FB-Fraktion

Holger Zastrow

Verwaltung:

Herr Krones	GB 1, Leiter Zentrales Vergabebüro
Frau Börnert	GB 1, Zentrales Vergabebüro
Frau Feldmann	GB 1, Zentrales Vergabebüro
Frau Tempel	GB 1, Zentrales Vergabebüro
Frau Peschke	GB 1, Haupt- und Personalamt
Frau Schekar	GB 1, Haupt- und Personalamt
Herr Leutzsch	GB 1, Haupt- und Personalamt
Herr Prof. Breidung	GB 1, Leiter EB IT-Dienstleistungen
Frau Leutloff	GB 5, EB Städtisches Klinikum Dresden
Herr Hausmann	GB 5, EB Städtisches Klinikum Dresden
Herr Jäger	GB 5, EB Städtisches Klinikum Dresden
Frau Hofmann	GB 5, EB Städtisches Klinikum Dresden
Herr Lenhart	GB 6, Amt für Hochbau und Immobilienverwaltung
Frau Eichler	GB 6, Amt für Hochbau und Immobilienverwaltung
Frau Neumer	GB 6, Amt für Hochbau und Immobilienverwaltung
Frau Paatz	GB 6, Straßen- und Tiefbauamt
Herr Flister	GB 6, Straßen- und Tiefbauamt

Gäste:

Herr Gerlach	Auftragsberatungsstelle Sachsen e. V.
Frau Georgi	STESAD GmbH
Frau Otto	LOR Landschaftsarchitekten

Schriftführer/-in:

Frau Richter	15.11 SG Stadtratsangelegenheiten
--------------	-----------------------------------

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

Geschäftsbereich Finanzen, Personal und Recht

- 1 Beschlussvorlagen zu Vergaben für Einkäufe und Dienstleistungen
 - 1.1 Vergabenummer: 2017-56-00016, Rahmenvertrag zur Lieferung von Narkosetechnik und Zubehör für das Städtische Klinikum Dresden **V1797/17
beschließend**
 - 1.2 Vergabenummer: 2017-1042-00030, Gestellung eines kombinierten Saug- und Spülfahrzeuges für das Straßen- und Tiefbauamt der Landeshauptstadt Dresden 2018 - 2021 **V1799/17
beschließend**
 - 1.3 Vergabenummer: 2017-1042-00025, Abholung, Beförderung und Zustellung von Groß- und Maxibriefen für die Landeshauptstadt Dresden innerhalb des Zustellgebietes des Freistaates Sachsen **V1800/17
beschließend**
 - 1.4 Vergabenummer: 2015-171-00009, Einführung eines integrierten Personalmanagementsystems auf Basis SAP HCM in der Landeshauptstadt Dresden **V1798/17
beschließend**
- 2 Beschlussvorlagen zu Bauvergaben
 - 2.1 Vergabenummer: 2017-52PI-00007, Sanierung Bürogebäude Freiburger Straße 31, 01069 Dresden, Los 01 - Fenster **V1807/17
beschließend**
 - 2.2 Vergabenummer: 2017-6615-00027, Erneuerung der Fahrleitungsanlage Fetscherstraße zwischen Stübelallee und Blasewitzer Straße, Los - Ausrüstung Öffentliche Beleuchtung **V1783/17
beschließend**
 - 2.3 Vergabenummer: 5006/17, DVB: Gleisdreieck Lockwitzer Straße/Hugo-Bürkner-Straße inklusive barrierefreiem Haltestellenausbau, Los 1 - Gleis-, Straßen- und Tiefbau **V1801/17
beschließend**

- | | | |
|------------|--|----------------------------------|
| 2.4 | Vergabenummer: 2017-65-00208, Abbruch und Neubau Kindertageseinrichtung, Trachenberger Platz 2, 01129 Dresden, Los 3 - Bauhauptleistungen | V1742/17
beschließend |
| 2.5 | Vergabenummer: 2017-GB111-00020, 153. Grundschule, Fröbelstraße 1-3, 01159 Dresden, Flurstück 306/2 und 306/3 , Los 27 - Freianlagen | V1802/17
beschließend |
| 2.6 | Vergabenummer: 2017-65-00222, 37. Grundschule, Erweiterungsbau Schulgebäude, Emil-Überall-Straße 34, 01159 Dresden, Los 10 - Außenfenster und Pfosten-Riegel-Fassade | V1804/17
beschließend |
| 2.7 | Vergabenummer: 2017-65-00246, Gesamtanierung 49. Grundschule, Bernhardstraße 80, 01187 Dresden, Los 54 - Landschaftsbau | V1806/17
beschließend |
| 2.8 | Vergabenummer: 2017-65-00218, Neubau 2-zügige Schule mit Neubau Einfeldsporthalle, Leisniger Straße 78, 01127 Dresden, Los 26 - Sportboden/Prallwand/Sportgeräte/Akustik | V1803/17
beschließend |
| 2.9 | Vergabenummer: 2017-65-00250, Neubau 2-zügige Schule mit Neubau Einfeldsporthalle, Leisniger Straße 78, 01127 Dresden, Los 18 - Trockenbau/Beschichtung | V1805/17
beschließend |

Nicht öffentlich

- 3** Wahrung des Geheimwettbewerbs bei Vergabevorlagen
 - 3.1** Behandlung von Vergabe-Fragen, die einzelne konkrete Angebote/Bieter betreffen
 - 3.1.1** Vergabenummer: 2015-171-00009, Einführung eines integrierten Personalmanagementsystems auf Basis SAP HCM in der Landeshauptstadt Dresden

Öffentlich

- 3.2** Offene Beschlussvorlagen

öffentlich

Frau Bürgermeisterin Jähnigen eröffnet und leitet die Sitzung. Sie stellt die Beschlussfähigkeit bei elf anwesenden Mitgliedern, die form- und fristgemäße Ladung sowie Einvernehmen zur Tagesordnung fest.

Geschäftsbereich Finanzen, Personal und Recht**1 Beschlussvorlagen zu Vergaben für Einkäufe und Dienstleistungen****1.1 Vergabenummer: 2017-56-00016, Rahmenvertrag zur Lieferung von Narkosetechnik und Zubehör für das Städtische Klinikum Dresden V1797/17 beschließend**

Frau Leutloff, EB Städtische Kliniken, stellt den Vergabeantrag vor.

Herr Stadtrat Schulze hinterfragt die Gründe, weshalb nur ein Angebot vorliege bzw. ein Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb durchgeführt worden sei.

Frau Leutloff verweist auf die umfangreiche Begründung, die dem Vergabevorschlag beigelegt sei. Primär gehe es um eine Vereinheitlichung der Narkosetechnik nach der Zusammenlegung der Krankenhäuser Friedrichstadt und Neustadt, die letztlich der Patientensicherheit diene und sich auch monetär positiv auswirke.

Die Abweichung bei der Verfahrensart der Ausschreibung begründet sie damit, dass im Vorfeld Markterkundungen durchgeführt worden seien. Nach der Prüfung des Produktspektrums, was auf dem Markt erhältlich sei, seien die Geräte des zum Zuschlag vorgeschlagenen Bieters aufgrund verschiedener Parameter favorisiert worden, zumal bereits dessen Geräte im Einsatz seien.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen bringt den Vergabevorschlag zur Abstimmung. Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung ist beschließend tätig.

Beschlussvorschlag:

Den Zuschlag für die o. g. Leistung erhält die Firma

Dräger Medical Deutschland GmbH

Moislinger Allee 53-55

23558 Lübeck

entsprechend Vergabevorschlag.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 12 / Nein 0 / Enthaltung 1

- 1.2 Vergabenummer: 2017-1042-00030, Gestellung eines kombinierten Saug- und Spülfahrzeuges für das Straßen- und Tiefbauamt der Landeshauptstadt Dresden 2018 - 2021** **V1799/17 beschließend**

Frau Peschke, Haupt- und Personalamt, stellt den Vergabevorschlag vor.

Herr Stadtrat Böhm stellt fest, dass diese Aufgabe eigentlich auch die Stadtentwässerung Dresden GmbH (SE DD) erbringe. Deswegen fragt er, ob geprüft worden sei, dass die Aufgabe durch die SE DD übernommen werden könne, zumal sie die gleiche Technik nutze.

Frau Paatz, Straßen- und Tiefbauamt, führt aus, dass diese Aufgabe schon immer zum Portfolio des Straßen- und Tiefbauamtes gehöre. Konkret betreffe das die öffentliche Entsorgung des Regenwassers. Die SE DD sei für Schmutzwasser und häusliche Abwässer zuständig. Für die hier beschriebene Aufgabe müsste die SE DD täglich ein Fahrzeug stellen, was sie nicht leisten könne.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen bringt den Vergabevorschlag zur Abstimmung. Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung ist beschließend tätig.

Beschlussvorschlag:

Den Zuschlag für die o. g. Leistung erhält die Firma
Bernhard Seidler e. K. Straßen-, Rohr- und Kanalreinigung
Zur Alten Elektrowärme 8
01640 Coswig
 entsprechend Vergabevorschlag.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung Ja 13 / Nein 0 / Enthaltung 0

- 1.3 Vergabenummer: 2017-1042-00025, Abholung, Beförderung und Zustellung von Groß- und Maxibriefen für die Landeshauptstadt Dresden innerhalb des Zustellgebietes des Freistaates Sachsen** **V1800/17 beschließend**

Frau Schekar, Haupt- und Personalamt, stellt den Vergabevorschlag vor.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen bringt den Vergabevorschlag zur Abstimmung. Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung ist beschließend tätig.

Beschlussvorschlag:

Den Zuschlag für die o. g. Leistung erhält die Firma

Media Logistik GmbH

Meinholdstraße 2

01129 Dresden

entsprechend Vergabevorschlag.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 13 / Nein 0 / Enthaltung 0

1.4 Vergabenummer: 2015-171-00009, Einführung eines integrierten Personalmanagementsystems auf Basis SAP HCM in der Landeshauptstadt Dresden **V1798/17**
beschließend

Herr Prof. Breidung, Leiter des EB IT-Dienstleistungen, stellt den Vergabevorschlag vor.

Herr Stadtrat Engemaier bittet um Erläuterung der ursprünglichen Plansumme, der vom Ausschuss für Finanzen zusätzlich gewährten Summe sowie der hier nun zu Buche schlagenden Summe. Er zitiert aus der Vorlage, die dem Ausschuss für Finanzen vorgelegen habe, wonach alle optionalen Positionen aus dem Leistungsverzeichnis der Ausschreibung nicht beauftragt werden, um den zusätzlichen Bedarf so gering wie möglich zu halten. Er bittet um Auskunft, welche optionalen Positionen das betreffe.

Herr Prof. Breidung erläutert, dass die Finanzierungsvorlage (Anlage zum vorliegenden Vergabevorschlag), die im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit beraten und im Ausschuss für Finanzen beschlossen worden sei, die hier vorliegende Zuschlagssumme umfasse. Darin seien die optionalen Module schon ausgeschlossen worden.

Die optionalen Module seien folgende gewesen:

1. Elektronische Personalakte
Hier sei zu prüfen, ob sie später auf SAP-Basis eingeführt werde oder über das elektronische Dokumentenmanagementsystem mit e-Akte-Funktion außerhalb dieses Projektes verwaltet werde.
2. Schichtplanung
Das sei ein Zusatzmodul, was nicht nur die Arbeitszeit erfasse, sondern über die Schichtplanung eine Planung ermögliche, die bislang in anderen Systemen abgebildet werde.
3. Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit
Die Bereiche werden ebenfalls auf die bisherige Art und Weise fortgeführt.

Herr Stadtrat Böhm nimmt auf die Anlage 1 zur Vorlage V1635/17 (Kostenübersicht) Bezug. Ihn wundere, dass schon in den vorherigen Jahren relativ hohe Kosten ergebniswirksam würden, obwohl das Personalmanagementsystem erst ausgeschrieben werde.

Weiter bittet er um Aufklärung zur Differenz zwischen der ursprünglichen Plansumme und der tatsächlichen Auftragssumme. Ferner konstatiert er, dass man sich mit dem externen Dienstleister in gewisser Weise für die Zukunft festlege.

Herr Prof. Breidung führt aus, dass man sich mit der Ausschreibung auf die SAP-Plattform festlege. Sie sei bereits in mehreren Bereichen der Landeshauptstadt im Einsatz und würde durch das Personalmanagementsystem komplettiert. Technologisch hält er die Erweiterung für den richtigen Schritt. Er stimmt Herrn Stadtrat Böhm zu, dass man, wie bei jedem IT-Projekt, mit einer Entscheidung für ein System einen gewissen Login-Effekt habe. Damit müsse man umgehen. Dadurch, dass die SAP-Plattform insgesamt eine strategische Technologieplattform in der Landeshauptstadt Dresden sei, könne er das mit gutem Gewissen vorschlagen. Das Risiko, sich an eine Firma zu binden, schätzt er für überschaubar ein, zumal der Markt an SAP-Softwareanbietern, die funktional Ähnliches anbieten, gegeben sei.

Die Diskrepanz, dass einiges schon zahlungswirksam werde, obwohl die Vergabe noch nicht erfolgt sei, hänge mit vorbereitendem Aufwand zusammen, der im Rahmen des Projektes erforderlich sei. In der finanziellen Darstellung der Gesamtprojektbetrachtung müssten sowohl die weiteren Kosten beachtet werden (Server- und Speichererweiterungen, zusätzliche Datenbanklizenzen, Projektaufwände innerhalb der Stadt etc.) als auch Kosten, die für den kurzzeitigen Parallelbetrieb der alten Systeme anfallen.

Auf Nachfrage von Herrn Stadtrat Böhm erläutert er, dass die Anlage 1 zur Vorlage V1635/17 den Gesamtprojektaufwand der Einführung des Personalmanagementsystems über die einzelnen Jahre 2013 ff. abbilde.

Weiter führt er aus, dass der Budgetansatz auf Grundlage einer Machbarkeitsstudie der Dresden-IT GmbH aus dem Jahr 2012 ansetze. Es sei darin eine grobe Vorgehensweise vorgeschlagen und eine Kostenabschätzung. Diese Gelder seien eingestellt worden.

Die wesentlichste Veränderung entgegen dieser ursprünglichen Planung neben einigen funktionalen Dingen sei die Herangehensweise. Laut dem damaligen Vorschlag der Dresden-IT GmbH sollte nur ein Mindestmaß des Gesamtfunktionalitätsumfanges umgesetzt werden. Dafür sollte in den Folgejahren nach Inbetriebnahme sukzessive Funktionalität hinzugenommen werden. Damit hätte sich die Gesamtsumme für das Projekt über viele Jahre gestreckt. Von diesem Vorgehen sei man in der gemeinsamen Projektplanung mit dem Haupt- und Personalamt abgegangen. Die Komplettfunktionalitäten würden mit der vorliegenden Vergabe bereits mit Systemeinführung zur Verfügung stehen (mit Ausnahme der abgewählten optionalen Module).

Herr Stadtrat Schollbach bezieht sich auf den eklatanten Unterschied zwischen Plansumme und Auftragssumme, die mehr als doppelt so hoch sei, was in diesem Ausschuss sehr selten vorkomme und per se misstrauisch mache. Auch die Anlage 3 zum Vergabevorschlag werfe Fragen auf. Der erste Absatz wäre eine Erklärung, wenn die Auftragssumme unter der Plansumme läge. Auf den vorliegenden Vergabevorschlag treffe das nicht zu. Auch die nachfolgenden beiden Absätze tragen nicht zur Aufklärung bei. Man beauftragte weniger, aber die Kosten seien doppelt so teuer. Er konstatiert, dass in der gesamten Vorlage keine schriftliche Erklärung dafür zu finden sei. Deswegen fragt er, in welchen konkreten Positionen die Abweichungen vorliegen (Position und Gegenüberstellung Plansumme und Auftragssumme).

Herr Prof. Breidung erklärt, dass der erste Absatz missverständlich interpretiert sei. Es werde nicht alles beauftragt, d. h. der Angebotspreis (einschließlich der optionalen Module) sei höher als die tatsächlich zum Zuschlag vorgeschlagene Auftragssumme. Trotzdem sei die Plansumme geringer als die Zuschlagssumme. Wegen der Höhe des Angebotspreises sei eine Finanzierungsvorlage erstellt worden, die im Ausschuss für Finanzen beschlossen worden sei. Sie sei dem Vergabevorschlag beigelegt. Im Rahmen dieser Diskussion seien die fachlich-inhaltlichen Fragen sowie die Notwendigkeiten ausführlich erörtert worden.

Er geht auf den Gesamtumfang an Funktionalitäten ein, den das System liefern solle. Dafür sei auf Basis der Machbarkeitsstudie eine Summe im Haushalt eingestellt worden. Diese sei durch die Angebote deutlich überschritten worden. Die Planung sei nicht untergliedert nach den einzelnen Funktionalitäten aufgestellt worden. Auch die Angebote enthalten die Preise nur in groben Kategorien.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen verweist auf die Anlage 4, die die Differenz zwischen Angebotspreis und Plansumme erkläre.

Herr Stadtrat Schollbach wiederholt sein Anliegen. Auf Seite 4 der beigelegten Finanzierungsvorlage sei zwar ein Sachstand dargestellt, jedoch ergebe sich auch daraus nicht, aus welchen Gründen und in welchen Positionen konkret eine derart erhebliche Kostensteigerung folge. Er bittet wegen der erheblichen Abweichung um die schriftliche Darstellung, wie sich dieses Angebot, welches bezuschlagt werden solle, strukturiere.

Herr Prof. Breidung wiederholt seine Ausführungen, dass sich der Unterschied zwischen Plan- und Vergabesumme in einer Veränderung des Projektvorgehens ergebe, wie es ursprünglich laut Machbarkeitsstudie der Dresden-IT GmbH vorgesehen gewesen sei. Diese habe vorgesehen, zunächst eine Grundfunktionalität einzuführen und während der laufenden Betreuung die Funktionalität fortentwickeln.

Das sei deswegen verworfen worden, weil im Bereich der Personalabrechnung und des Personalmanagements im bestehenden System umfangreiche Funktionalitäten vorhanden seien, auf die nicht verzichtet werden solle. Der Bereich der Personalabrechnung müsse im Übrigen aus technologischen Gründen abgelöst werden. Daher habe man sich für das vorgestellte Vorgehen entschieden, welches anhand der Finanzierungsvorlage in den beteiligten Ausschüssen auch ausführlich diskutiert worden.

Herr Stadtrat Schollbach bittet um Offenlegung der Kalkulation. Im Übrigen haben sich die genannten Ausschüsse mit der Bereitstellung finanzieller Mittel für die Vergabe auseinandergesetzt. Hier sei aber über die Vergabe in der Sache zu entscheiden, was etwas anderes sei. Er erwägt eine Hebung in den Stadtrat, falls die Verwaltung die von ihm geforderten Informationen nicht geben könne. Wegen der eklatanten Differenz argumentiert er dafür, den Ausschuss in eine Situation zu versetzen, dass er heute die Entscheidung treffen könne.

Herr Prof. Breidung erklärt, dass dem Vergabeantrag die entsprechenden Unterlagen beigelegt seien, um das Vergabeverfahren nachvollziehen zu können. Der Unterschied ergebe sich in der Plansumme, die ursprünglich im Budget eingestellt worden sei, welche auf einem anderen Projektvorgehen basiere.

Herr Stadtrat Böhm erkundigt sich, wie sich die Verwaltung zu einer möglichen Vertagung der Entscheidung positioniere. Ferner hat er den Ausführungen entnommen, dass sich die schrittweise Einführung der Funktionalitäten letztlich über die Jahre zu einem ähnlichen finanziellen Aufwand kumuliere. Er fragt, ob es eine Kalkulation gebe, die das belege. Das Vergabeverfahren an sich sei seinerseits nicht zu beanstanden.

Herr Prof. Breidung antwortet, es gebe keinen Vergleich über die Fortführung des Aufbaus der Funktionalität über die nächsten 5 bis 7 Jahre. Wenn eine Grundfunktionalität eingeführt worden wäre, hätte man neben dem Betreuungsaufwand zusätzliche Ressourcen für den weiteren Aufbau der Funktionalitäten vorsehen müssen. D. h. der Betreuungsaufwand hätte sich nicht nur auf die Administrierung, sondern auch auf die Fortentwicklung des Systems ausgeweitet. Der Eigenbetrieb habe keine Unterlagen, die die finanziellen Aufwände für beide Herangehensweisen vergleiche.

Zur Zeitschiene der Projekteinführung reflektiert er den bisherigen Projektverlauf. Die Zeitketten seien sehr eng gewählt, weil u. a. die Ablösung des bestehenden Personalmanagementsystems immer nur zum Jahreswechsel stattfinden könne. Wenn der Zuschlag heute nicht erfolge, bestehe die Gefahr, dass das Personalabrechnungssystem PAISY Ende 2018 nicht abgelöst werden könne. Wegen der personellen Betreuung des Altsystems könne nicht garantiert werden, einen Betrieb in 2019 aufrechtzuerhalten.

Herr Leutzsch, Projektleiter im Haupt- und Personalamt, informiert, dass man das Ziel habe, die Hauptmodule Personaladministration, Personalabrechnung und Organisationsmanagement bis Ende 2018 als Phase 1 des Projektes abzulösen. Dafür werde jeder Monat gebraucht. Deswegen sei ihm sehr daran gelegen, heute die Antworten geben zu können, um zu einer Entscheidung zu kommen.

Herr Krones weist darauf hin, dass der Vorgang und damit auch die Plansumme aus dem Jahr 2015 stammen, was anhand der Vergabenummer ersichtlich sei. Die Plansumme sei trotz des geänderten Vorgehens nicht angepasst worden, was eine Erklärung für die hohe Differenz zwischen Plan- und Vergabesumme sei.

Herr Stadtrat Engemaier bemerkt, dass in der Tabelle zu Anlage 2 auch optionale Positionen enthalten seien, die nun nicht mit bezuschlagt würden. Damit liege die Auftragssumme etwa 500.000 Euro niedriger. Insofern geht er davon aus, dass die Verwaltung über Informationen verfüge, was die einzelnen Optionen preislich kosten. Hierzu erbittet er Auskunft.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen bietet an, die Entscheidung über den Vergabevorschlag zunächst zurückzustellen, um der Verwaltung Gelegenheit zur Informationsbeschaffung zu geben.

Herr Stadtrat Schollbach unterstützt den Vorschlag. Er umreißt seinen Informationsbedarf:

- Darlegung der Leistungen, die Basis der Kostensteigerung seien
- Vergleich: Ursprünglich geplante Leistungen mit Preis, hinzugekommene Leistungen mit welchen geplanten Kosten

Herr Stadtrat Engemaier hinterfragt den Ausschluss des Bieters Nummer 2 laut Anlage 1 des Vergabevorschlages. Der Bieter sei u. a. wegen eines Punktes ausgeschlossen worden, der nun nicht mehr mit beauftragt werden solle. Er fragt, ob die anderen Ausschlussgründe für hinreichend gehalten würden, um das Angebot auch weiterhin auszuschließen.

Zu beiden ausgeschlossenen Angeboten interessiert ihn, wie sie sich wirtschaftlich in die Angebote eingegliedert hätten.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen stellt fest, dass diese Fragen in nicht öffentlicher Sitzung zu beantworten seien. Sie stellt die Behandlung des Tagesordnungspunktes im Einvernehmen mit dem Ausschuss auf den TOP 3 zurück. Die Verwaltung werde bis dahin die gewünschten Informationen beschaffen.

Der Ausschuss setzt in der Tagesordnung in öffentlicher Sitzung fort.

2 Beschlussvorlagen zu Bauvergaben

2.1 Vergabenummer: 2017-52PI-00007, Sanierung Bürogebäude Freiberger Straße 31, 01069 Dresden, Los 01 - Fenster **V1807/17
beschließend**

Herr Krones, Leiter Zentrales Vergabebüro, bringt den Vergabevorschlag ein.

Auf die nicht vergaberelevante Frage von **Herrn Stadtrat Schulze** zur Zukunft des Bürogebäudes informiert Herr Krones, dass es seines Wissens auch künftig beim Eigenbetrieb bleiben solle und eine Sanierung und Erweiterung avisiert sei, wobei es keine konkrete Planung gebe und bisher keine Mittel eingeplant seien. Aktuell sei der Ersatz der Fenster jedoch zwingend erforderlich.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen bringt den Vergabevorschlag zur Abstimmung. Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung ist beschließend tätig.

Beschlussvorschlag:

Den Zuschlag für die o. g. Leistung erhält die Firma
Sieghard Beeg Licht- und Sonnenschutzanlagen
Bauernhöhe 7
01665 Klipphausen OT Miltitz
entsprechend Vergabevorschlag.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung Ja 13 / Nein 0 / Enthaltung 0

- 2.2 Vergabenummer: 2017-6615-00027, Erneuerung der Fahrleitungsanlage Fetscherstraße zwischen Stübelallee und Blasewitzer Straße, Los - Ausrüstung Öffentliche Beleuchtung** **V1783/17**
beschließend

Herr Flister, Straßen- und Tiefbauamt, stellt den Vergabevorschlag vor.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen bringt den Vergabevorschlag zur Abstimmung. Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung ist beschließend tätig.

Beschlussvorschlag:

Den Zuschlag für die o. g. Leistung erhält die Firma

Elektroinstallation Martin GmbH

Zwickauer Straße 39

01187 Dresden

entsprechend Vergabevorschlag.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung Ja 13 / Nein 0 / Enthaltung 0

- 2.3 Vergabenummer: 5006/17, DVB: Gleisdreieck Lockwitzer Straße/Hugo-Bürkner-Straße inklusive barrierefreiem Haltestellen- ausbau, Los 1 - Gleis-, Straßen- und Tiefbau** **V1801/17**
beschließend

Herr Flister stellt den Vergabeantrag vor.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen bringt den Vergabevorschlag zur Abstimmung. Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung ist beschließend tätig.

Beschlussvorschlag:

Den Zuschlag für die o. g. Leistung erhält die Bietergemeinschaft

Hentschke Bau GmbH/SERSA GmbH

Zeppelinstraße 15

02625 Bautzen

entsprechend Vergabevorschlag.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung Ja 13 / Nein 0 / Enthaltung 0

- 2.4 Vergabenummer: 2017-65-00208, Abbruch und Neubau Kindertageseinrichtung, Trachenberger Platz 2, 01129 Dresden, Los 3 - Bauhauptleistungen** **V1742/17**
beschließend

Herr Krones stellt diesen sowie die nachfolgenden Vergabeanträge vor.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen bringt den Vergabevorschlag zur Abstimmung. Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung ist beschließend tätig.

Beschlussvorschlag:

Den Zuschlag für die o. g. Leistung erhält die Firma

Uwe Riße Hoch- und Tiefbau

OT Sora

Dorfstraße 5A

01665 Klipphausen

entsprechend Vergabevorschlag.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung Ja 13 / Nein 0 / Enthaltung 0

- 2.5 Vergabenummer: 2017-GB111-00020, 153. Grundschule, Fröbelstraße 1-3, 01159 Dresden, Flurstück 306/2 und 306/3 , Los 27 - Freianlagen** **V1802/17**
beschließend

Frau Bürgermeisterin Jähnigen bringt den Vergabevorschlag zur Abstimmung. Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung ist beschließend tätig.

Beschlussvorschlag:

Den Zuschlag für die o. g. Leistung erhält die Firma

GLF Garten- und Landschaftsbau Dresden GmbH

Ringstraße 17

01468 Moritzburg

entsprechend Vergabevorschlag.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung Ja 13 / Nein 0 / Enthaltung 0

- 2.6 Vergabenummer: 2017-65-00222, 37. Grundschule, Erweiterungsbau Schulgebäude, Emil-Überall-Straße 34, 01159 Dresden, Los 10 - Außenfenster und Pfosten-Riegel-Fassade** **V1804/17**
beschließend

Frau Bürgermeisterin Jähnigen bringt den Vergabevorschlag zur Abstimmung. Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung ist beschließend tätig.

Beschlussvorschlag:

Den Zuschlag für die o. g. Leistung erhält die Firma
Metallbau-Schubert GmbH
Erligheimer Ring 3
02829 Markersdorf
entsprechend Vergabevorschlag.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung Ja 13 / Nein 0 / Enthaltung 0

- 2.7 Vergabenummer: 2017-65-00246, Gesamtanierung 49. Grundschule, Bernhardstraße 80, 01187 Dresden, Los 54 - Landschaftsbau** **V1806/17**
beschließend

Herr Gerlach, Auftragsberatungsstelle Sachsen e. V., gibt eine Erklärung ab, warum Unternehmen zunehmend keine Angebote mehr abgeben. Er habe das Statement des Planers gelesen und sich darüber „leicht geärgert“. Es sei nachzulesen, dass man enttäuscht sei, nur zwei Angebote zu haben, und meine, das sei ein schlechtes Ergebnis, sowie es würde eine Wettbewerbsverzerrung sein. Diese kann er so nicht erkennen. Im Übrigen konterkariere sich das Schreiben selbst, weil zum Schluss formuliert sei, dass es ein wirtschaftliches und angemessenes Angebot wäre.

Man könne viele Gründe anführen, aber eins erkläre sich von allein: Er habe die Termine aus dem Veröffentlichungstext zusammengelegt: Bekanntmachung 18.05.2017, Angebotsabgabe 19.06.2017, Bindefrist 09.08.2017 (entspreche 6 Wochen). Letztgenannte Frist brauche die Verwaltung für die Auswertung und die Bestätigung im Ausschuss sowie die Absageinformation nach EU-Recht zu tätigen. Also der Zeitpunkt, dass der Unternehmer wisse, dass er den Zuschlag bekommen könne, um anfangen zu können, sei der 09.08.2017. Arbeitsbeginn sei der 10.08.2017. Die Leistungserbringung erfolge bis Ende Oktober 2017 mit zwei Teilleistungen á 7 Wochen. Kein Unternehmen warte, dass es über Nacht einen Auftrag bekomme. Das bedeute, wenn zwei Angebote eingegangen seien, könne man sich glücklich schätzen. Wenn er sich die anderen Ausschreibungen, insbesondere im Hochbaubereich anschau, seien die Termine ähnlich und dort liegen sogar mehr Angebote vor. Da könne die Verwaltung glücklich sein, dass die Unternehmen noch Angebote machen.

Die Problematik betreffe alle Stadtverwaltungen. Man habe zwar die Doppik, aber letztlich sei es doch ein kameralistisches Handeln. Durch die Haushaltsplanung und die Freigabe der Mittel treten fast alle Verwaltungen zum gleichen Zeitpunkt auf den Markt und dann gehe nur eine bestimmte Kapazität zu verteilen. Im Sommer auszuschreiben, sei die schlechteste Zeit. Man müsse es sich leisten können, im Herbst und Winter auszuschreiben, wenn es in die Planung des nächsten Jahres hineingehe. Wenn dann noch Fördermittel eine Rolle spielen, wo weitere Fristen eine Rolle spielen, gehe das wiederum nicht.

Er weiß, dass das hier nicht entschieden werden könne. Dennoch stehe die Frage, wie man planerisch besser vorkommen könne. Abschließend konstatiert er, durch die unheimlich langen Fristen, die in den Wettbewerb hineingebracht werden, haben auch die Unternehmen per se Schwierigkeiten hier ordentlich teilzunehmen. Weitere Themen seien der Arbeitskräftebestand und die Fortführung von Unternehmen. Momentan könnten es sich die Unternehmen Aufträge aussuchen. Deswegen sei die Problematik „Unternehmen bieten nicht an“ eine relative, aber keine absolute Problematik.

Herr Krones kennt das Problem, insbesondere wenn ein Projekt losgetreten worden sei. Er weiß nicht, ob das zu lösen gehe, abgesehen von den Instandsetzungen während der Ferienzeiten, wo man mit der Ausführung an Zeiten gebunden sei. Wenn man eine Gesamtsanierung beginne, müsste man zeitliche Puffer einbauen, um das von Herrn Gerlach Angesprochene zu berücksichtigen. Praktisch würde das eine Verzögerung im Ablauf bedeuten. Man wisse, dass es besser sei, im Winter auszuschreiben und versuche das nach Möglichkeit auch. Außerdem habe er mitbekommen, dass in den Firmen die Fachkräfte fehlen. Sie haben nicht genügend Personal, um die normalen Aufträge zu erledigen. Dieser Zustand werde sich voraussichtlich auch künftig nicht bessern.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen sagt zu, Herrn Bürgermeister Dr. Lames dazu zu unterrichten. In dem Zusammenhang dankt sie dem Stadtrat als Grünflächenverantwortliche für die befristete Verlängerung einer Projektstelle, die die Grünflächengestaltung in Kitas und Schulen mit plane.

Zum Vergabevorschlag gibt es keine Fragen, sodass **Frau Bürgermeisterin Jähnigen** den Vergabevorschlag zur Abstimmung bringt. Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung ist beschließend tätig.

Beschlussvorschlag:

Den Zuschlag für die o. g. Leistung erhält die Firma

LLB GmbH

Lockwitzgrund 29b

01257 Dresden

entsprechend Vergabevorschlag.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 13 / Nein 0 / Enthaltung 0

- 2.8 Vergabenummer: 2017-65-00218, Neubau 2-zügige Schule mit
Neubau Einfeldsporthalle, Leisniger Straße 78, 01127 Dresden,
Los 26 - Sportboden/Prallwand/Sportgeräte/Akustik** **V1803/17
beschließend**

Frau Bürgermeisterin Jähnigen bringt den Vergabevorschlag zur Abstimmung. Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung ist beschließend tätig.

Beschlussvorschlag:

Den Zuschlag für die o. g. Leistung erhält die Firma

Diaplan Innenausbau GesmbH

Görlitzer Straße 21

83395 Freilassing

entsprechend Vergabevorschlag.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung Ja 13 / Nein 0 / Enthaltung 0

- 2.9 Vergabenummer: 2017-65-00250, Neubau 2-zügige Schule mit
Neubau Einfeldsporthalle, Leisniger Straße 78, 01127 Dresden,
Los 18 - Trockenbau/Beschichtung** **V1805/17
beschließend**

Frau Stadträtin Muth nimmt auf die Wertung der Angebote durch das Architekturbüro Bezug, wo Ausführungen zur Angemessenheit des Preises gemacht werden. Das zum Zuschlag vorgeschlagene Angebot liege sowohl mehr als 10 % über der Plansumme als auch über 10 % unter dem zweitplatzierten Angebot. Die Überschreitung der Plansumme werde mit der Marktlage begründet. Auch wenn ausgeführt werde, dass das Angebot als wirtschaftlich und angemessen eingeschätzt werde, interessiert sie dennoch, wie wahrscheinlich Nachträge seien.

Herr Krones erklärt, dass bei Überschreitungen der Plansumme von über 10 % besonders geprüft werde. Er macht zur Auftragssumme darauf aufmerksam, dass auch die Firmen im Laufe der Zeit Kenntnis über die Marktlage haben. Bei den aktuellen Ausschreibungen seien fast durchgehend nur relativ hohe Angebote eingegangen, so dass die Finanzierungsreserven schon fast aufgebraucht werden. Der Abstand zum Zweitplatzierten ergebe sich aus dem sächsischen Vergaberecht und habe mit dem europaweiten Verfahren nichts zu tun. Die Aufklärung wäre demnach nicht notwendig gewesen. Trotzdem seien die Planer gebeten worden, eine Erklärung dazu abzugeben.

Im vorliegenden Fall berichtet Herr Krones, dass das zum Zuschlag vorgeschlagene Unternehmen relativ häufig städtische Aufträge erhalte, die bisher zufriedenstellend erfüllt worden seien. Bei Neubauten seien Nachträge eher selten, es sei denn, man habe sich in der Planung vertan.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen bringt den Vergabevorschlag zur Abstimmung. Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung ist beschließend tätig.

Beschlussvorschlag:

Den Zuschlag für die o. g. Leistung erhält die Firma

Gebrüder Mielke Bau GmbH

Ankerstraße 1

01279 Dresden

entsprechend Vergabevorschlag.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 13 / Nein 0 / Enthaltung 0

3.2 Offene Beschlussvorlagen**TOP 1.4**

Vergabenummer: 2015-171-00009, Einführung eines integrierten Personalmanagementsystems auf Basis SAP HCM in der Landeshauptstadt Dresden

***V1798/17
beschließend***

Frau Bürgermeisterin Jähnigen stellt nach der nicht öffentlichen Behandlung erneut die Öffentlichkeit her.

Herr Stadtrat Engemaier bittet um eine fünfminütige Auszeit, der seitens des Ausschusses einvernehmlich zugestimmt wird.

Im Anschluss bezieht sich **Herr Stadtrat Engemaier** auf das Preisgefälle, obwohl bei den anderen Anbietern vermutlich ein ähnlicher Umfang an Arbeitsstunden eingebracht würde. Er fragt, wie hoch die Verwaltung das Risiko einschätze, wenn sich der Ausschuss für einen anderen wirtschaftlichen Bieter entscheiden würde.

Herr Krones erklärt zum Verfahren, dass dann zunächst der Vergabevorschlag der Verwaltung abgelehnt werden müsste. Einen anderen Vorschlag habe die Verwaltung nicht. Daran müsste sich eine neue Verhandlungsrunde anschließen.

Herr Prof. Breidung teilt mit, dass er in keinem der vier Bewerterteams mitgearbeitet habe. Es seien aber mindestens zwanzig Personen in die Entscheidung involviert gewesen. Er sei in den Projektsitzungen zu dem Eindruck gelangt, dass sich alle Beteiligten über den Vorschlag einig gewesen seien. Er hält es für sehr risikobehaftet, einen anderen als den vorgeschlagenen Bieter auszuwählen, unabhängig vom vergaberechtlichen Aspekt.

Frau Stadträtin Sturm teilt zu ihrem Abstimmungsverhalten mit, dass sie dem Vergabevorschlag zustimmen werde. Gleichzeitig schließt sie sich der Kritik der Fraktionsmitglieder der Fraktion Die Linken an, dass das Verfahren nicht optimal gelaufen sei. Da das immer wieder zu beobachten sei, spricht sie sich dafür aus, Lösungswege zu finden, diese Differenzen/Intransparenzen abzustellen.

Sie werde dennoch zustimmen, weil sie ein ordentliches Personalmanagementsystem für die Landeshauptstadt Dresden für unerlässlich halte.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen sagt zu, Herrn Bürgermeister Dr. Lames zum heutigen Geschehen und zu den Kritikpunkten zu berichten.

Herr Stadtrat Böhm schließt sich der Vorrednerin an. Er richtet die Kritik an die Vergabestelle, wenn in der Wertungsübersicht (Anlage zu Anlage 2) auch die prozentuale Erfüllung der anderen beiden Anbieter dargestellt worden wäre, hätte man sich ein Bild von allen Bietern machen können. Er vertraue bei der vorliegenden Vergabe der Einschätzung der Verwaltung und werde dem Vergabevorschlag heute trotzdem zustimmen.

Weiterer Beratungsbedarf besteht nicht. **Frau Bürgermeisterin Jähnigen** leitet das Abstimmungsverfahren ein. Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung ist beschließend tätig. Es liegen keine Anträge vor.

Beschlussvorschlag:

Den Zuschlag für die o. g. Leistung erhält die Firma
IT-Consult Halle GmbH
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)
entsprechend Vergabevorschlag.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung Ja 6 / Nein 0 / Enthaltung 5

Frau Bürgermeisterin Jähnigen schließt die Ausschusssitzung.

Eva Jähnigen
Vorsitzende

Veit Böhm
Stadtrat

André Schollbach
Stadtrat

Manuela Richter
Schriftführerin